

Presseaussendung

Angriffe auf Richter:innen sind Angriffe auf den Rechtsstaat

Die Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter (RiV) warnt vor einer zunehmenden Unkultur im Umgang mit gerichtlichen Entscheidungen und fordert einen besseren Schutz von Richter:innen und Staatsanwält:innen

Die Berichte über den mutmaßlichen Versuch, die Vorsitzende des BUWOG-Verfahrens durch gefälschte Beweismittel zu verleumden und damit ein rechtskräftiges Strafurteil zu erschüttern, sind zutiefst beunruhigend.

Zu den konkreten Vorwürfen und möglichen Verantwortlichkeiten nimmt die RiV nicht Stellung. Es entspricht ihrem konsequent vertretenen Grundsatz, laufende Ermittlungsverfahren nicht zu kommentieren. Dieser Grundsatz gilt auch und gerade dann, wenn eine Richterin möglicherweise selbst Opfer strafbarer Handlungen geworden ist. Das weitere Verfahren wird jedoch sehr aufmerksam zu beobachten und dessen Ergebnisse nach abschließender Klärung entsprechend zu bewerten sein.

„Sollten sich die im Raum stehenden Vorwürfe bestätigen, wäre damit eine neue Eskalationsstufe bei Angriffen auf die Gerichtsbarkeit und die persönliche und berufliche Integrität von Richter:innen erreicht. Der Versuch, eine Richterin durch erfundene Korruptionsvorwürfe zu diskreditieren, um ein rechtskräftiges Urteil zu erschüttern, wäre ein Angriff auf eine tragende Säule unseres Rechtsstaats“, erklärt der Präsident der RiV, Gernot Kanduth.

Eine besorgniserregende Unkultur

Dass Handlungsbedarf besteht, zeigt auch ein weiterer aktueller Fall. Nach den Freisprüchen im Innsbrucker Strafverfahren rund um den getöteten Kater „Schmotzer“ war die zuständige Richterin mit tausenden Hasspostings, schwersten Beschimpfungen, Korruptionsvorwürfen und sogar Todesdrohungen konfrontiert. Die Staatsanwaltschaft wurde eingeschaltet; ein Pressegespräch der Innsbrucker Gerichtspräsidenten musste unter Polizeischutz stattfinden.

Beide Fälle zeigen eine besorgniserregende Entwicklung auf: Gerichtliche Entscheidungen, die auf Unverständnis oder Ablehnung stoßen, werden zunehmend zum Anlass genommen, die entscheidenden Richter:innen persönlich anzugreifen und ihre Integrität ohne sachliche Grundlage infrage zu stellen.

„Gerichtliche Entscheidungen dürfen und sollen kritisch diskutiert werden. Wo sachliche Kritik jedoch in persönliche Diffamierung, haltlose Korruptionsvorwürfe, Hass oder Drohungen umschlägt, ist eine rote Linie überschritten. Eine solche Unkultur gefährdet nicht nur die betroffenen Menschen, sondern auch das Vertrauen in die unabhängige Justiz“, so Kanduth.

Richter:innen dürfen nicht alleingelassen werden

Die RiV fordert einen Schulterchluss aller rechtsstaatlichen Kräfte: Politik, Rechtsanwaltschaft, Justiz, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft sind gleichermaßen aufgerufen, für eine verantwortungsbewusste öffentliche Auseinandersetzung einzutreten und persönlichen Diffamierungen, haltlosen Korruptionsvorwürfen und der Einschüchterung von Richter:innen klar und unmissverständlich entgegenzutreten. Wo Angriffe auf einzelne Richter:innen zugleich die Unabhängigkeit und das Ansehen der Justiz gefährden, darf es kein Schweigen und keine parteipolitisch motivierten oder sonstigen taktischen Vorbehalte geben.

Zugleich muss der bereits begonnene Diskussionsprozess darüber intensiviert werden, wie Richter:innen und Staatsanwält:innen künftig besser vor derartigen Angriffen geschützt werden können.

„Richter:innen können sich aufgrund ihrer beruflichen Verpflichtungen gegen öffentliche Angriffe nur eingeschränkt zur Wehr setzen. Wer im Namen der Republik entscheidet und dabei tagtäglich Verantwortung für den Rechtsstaat übernimmt, darf bei gezielten Diffamierungen und Bedrohungen nicht auf sich allein gestellt bleiben. Es braucht einen breiten gesellschaftlichen Schulterchluss zur Verteidigung der unabhängigen Gerichtsbarkeit. Der Staat trägt dabei eine besondere Fürsorge- und Schutzverantwortung“, betont Kanduth abschließend.